



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Berlin-Brandenburg

Ein Brandenburg für alle

Solidarisch, gerecht
und zukunftsfähig

**DGB-Forderungen zur
Landtagswahl in Brandenburg 2024**

Stark in Arbeit.

Ein Brandenburg für alle

Solidarisch, gerecht und zukunftsfähig

Die Brandenburger und Brandenburgerinnen haben in den vergangenen Jahren viel erreicht: Die Arbeitslosigkeit ist mit 5,4 Prozent niedrig, und neue Unternehmen siedeln sich an. Der Tourismus floriert, und Menschen ziehen wieder ins Land. Brandenburger Windräder und Solarfelder stützen die Energiewende, und viele Regionen zeigen eindrucksvoll, dass der Umbau einer fossilen Industrie zukunftsfähig gelingen kann.

Dennoch wird die nächste Landesregierung vor erheblichen Herausforderungen stehen: Hohe Inflation und steigende Preise, eine unsichere Wirtschaftslage, der in Brandenburg stark spürbare Klimawandel und steigende rechtsextreme Aktivitäten - auf all diese Faktoren muss eine Landesregierung reagieren.

Fachkräftemangel und Transformation bringen große Umbrüche in der Arbeitswelt. Eine zunehmend in Arm und Reich gespaltene Gesellschaft trifft auf zentrale offene Fragen des Zusammenlebens – etwa, wie wir in Zukunft arbeiten, die Daseinsvorsorge auch in den entlegenen Kommunen organisieren, nachhaltig und bezahlbar Energie erzeugen, wie wir wohnen oder unsere Mobilität organisieren.

Die künftige Regierung kann diese Themen gestalten: Beispielsweise, indem sie ein Tariftreuegesetz für öffentliche Vergaben verabschiedet und so einen großen Schritt in Richtung existenz- und rentensicherner Löhne und Gehälter im Land macht.

Sie kann auch einen kräftigen Erneuerungs- und Motivationsschub im öffentlichen Dienst auslösen, von dem alle Brandenburger*innen etwas haben, weil es nun eine moderne Verwaltung mit motivierten Kolleg*innen gibt. Sie kann Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen gezielter unterstützen, indem sie Mietpreise bremst und ein soziales 29-Euro-Ticket ermöglicht.

Das sind nur einige von vielen konkreten Vorschlägen, die wir als DGB Berlin-Brandenburg mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften in unseren Wahlanforderungen **Ein Brandenburg für alle** zusammengetragen haben.

Wir brauchen eine breite Diskussion über die Erwartungen an eine neue Regierung und wollen die demokratischen Parteien für ihre eigenen Programme inspirieren.

In diesem Sinne wünschen wir eine gute Lektüre.



Katja Karger,
DGB-Vorsitzende
Berlin-Brandenburg

Nele Techel
stellv. DGB-Vorsitzende
Berlin-Brandenburg

Gute Arbeit für alle

► Tariftreu - Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit	4
► Vergabeminstdestlohn - erhalten und ausbauen	4
► Index Gute Arbeit - Sonderauswertung nutzen	4
► Aktive Arbeitsmarktpolitik für mehr Fachkräfte	5
► Zugewanderte fördern und integrieren	5
► Qualitativ hochwertige Erwachsenenbildung ausweiten und ausfinanzieren	5
► Sozialpartnerschaft fördern	6
► Gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit fördern	6
► Sexismus am Arbeitsplatz entgegenwirken	6
► Jugendberufsagenturen ausbauen	6
► Arbeitsschutz ausbauen und Einhaltung kontrollieren	6

Sozial-ökologische Wende für alle

► Netzwerke aktivieren	7
► Verbundlösungen fördern	7
► Infrastruktur ausbauen – tarifgebunden und mitbestimmt	7
► Wissenschaftliche Folgenabschätzung ausweiten	7
► Zukunftsregionen weiterentwickeln	8
► Regionale Transformationsräte bilden	8
► Die betriebliche Mitbestimmung ausbauen	8

Funktionierende Verwaltung für alle

► Für bessere Arbeitsbedingungen	8
► Für angemessene Bezahlung	9

Gute Ausbildung für alle

► Bessere Ausbildungsbedingungen	9
► Solidarische Ausbildungsumlage einführen	9
► Berufsschulen stärken	9
► Vom Studierendenwerk zum Ausbildungswerk	10
► Berufsorientierung stärken	10
► Diskriminierung in der Schule verhindern	10
► Duales Studium verbessern	10
► Leistungsfähige und demokratische Hochschulen	10
► Hochschulen finanziell absichern	11
► Beteiligungsrechte der Interessenvertretungen stärken	11
► Gute Arbeit an allen Hochschulen umsetzen	11
► Tarifbindung an Hochschulen ausbauen	11

Eine soziale Gesellschaft für alle

► Gesellschaftliche Angebote erhalten	12
► Rechte Gewalt stoppen, Proteste unterstützen	12
► Gendergerechte Haushaltspolitik: Gender Budgeting	12
► Brandenburger ÖPNV ausbauen	12
► Sozialticket für 29 Euro pro Monat	13
► Gesundheit erreichbar machen	13
► Mehr bezahlbarer Wohnraum: Öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken	13
► Für eine aktive Bodenpolitik	13
► Sozialen Wohnungsbau stärken	13
► Besserer Mieterschutz für Brandenburg	14
► Berlin-Brandenburger Entwicklungsachsen ausbauen und stärken	14

Schlussbemerkung

Gute Arbeit für alle

Das Einkommen der Brandenburger sinkt im Vergleich zu Westdeutschland kontinuierlich, zuletzt fehlten ihnen rund 13.000 Euro jährlich. Gleichzeitig arbeiten die Ostdeutschen mehr Arbeitsstunden als Westdeutsche. Ein maßgeblicher Grund für den Unterschied ist die fehlende Tarifbindung.

Laut Brandenburger Betriebspanel von 2021 arbeitet mit 46 Prozent noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Brandenburg ist also sehr weit von der 80 Prozent-Zielmarke der EU-Mindestlohnrichtlinie entfernt, die die Mitgliedsstaaten dazu anhält, eine Tarifbindung von 80 Prozent der Beschäftigten auf den Weg zu bringen. Die geringe Tarifbindung ist mit Blick auf den demografischen Wandel und den wachsenden Fachkräftebedarf auch ein erheblicher Standortnachteil.

Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich unmittelbar auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus und verursacht hohe gesamtgesellschaftliche Kosten. Mit einer flächendeckenden Tarifbindung hätten die Brandenburger*innen rund 2,4 Milliarden Euro pro Jahr mehr im Portemonnaie – und das Land jährlich zusätzliche 2,8 Milliarden Euro an Einkommensteuer und Sozialversicherungen.

» Tariftreue - Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit

Lohndumping im öffentlichen Auftrag darf es nicht mehr geben. Ein wirkungsvoller Hebel zur Stärkung der Tarifbindung ist eine Tariftreueregelung. Tariftreue meint, dass öffentliche Aufträge nur Unternehmen ausführen dürfen, die Tarifverträge anwenden. Dies stärkt den Wettbewerb über Qualität und verhindert, dass tarifgebundene Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen haben, die Lohndumping betreiben.

Beim Ausschreibungswettbewerb im Verkehrsdienst müssen die Beschäftigten in turnusmäßigen Abständen (Dauer der Ausschreibung) um ihre Arbeitsplätze zittern. Wir fordern, dass in jedem Vergabeverfahren vorgeschrieben wird, dass im Falle eines Betreiberwechsels der neue Betreiber jedem Beschäftigten in dem betreffenden Verkehrsdienst ein Übernahmangebot macht. Für die übergehenden Beschäftigten müssen beim neuen Betreiber mindestens die glei-

chen Arbeitsbedingungen gelten wie beim bisherigen Betreiber, und betriebsbedingte Kündigungen sind für die Dauer des Verkehrsvertrages ausgeschlossen.

Auch für die Wirtschaftsförderung sollte die Tarifbindung ein verbindliches Bonuskriterium sein. Die weiteren Kriterien von „Guter Arbeit“ - wie die verbindliche Beratung und die Erarbeitung von Qualifizierungskonzepten - sollten regelmäßig in ihrer Wirksamkeit evaluiert werden. Gleches gilt für EU-Fördergelder: Programme und Projekte dürfen nur an Unternehmen gehen, die Tarifverträge anwenden. Die Kontakt- und Beratungsstelle für die europäischen Strukturfonds ESF und EFRE muss fortgeführt werden Sie stärkt die informierte Zusammenarbeit der Partner im Begleitausschuss und verringert deren Verwaltungsaufwand erheblich.

Nicht zuletzt müssen Zuwendungsempfänger, Projekte und Einrichtungen, die Leistungen im Auftrag des Landes übernehmen, die Tarifsteigerungen ausfinanziert bekommen. Auch sollten die Mehraufwände, die durch betriebliche Mitbestimmung entstehen (Betriebsräte) durch die Fördermittel bzw. Zuwendungen abgedeckt sein.

» Vergabemindestlohn - erhalten und ausbauen

Der Brandenburger Vergabemindestlohn ist ein deutliches Bekenntnis der Landesregierung zu fairen Löhnen und als bundesweit höchster eines der wenigen Ausgleichsinstrumente gegen das Lohndumping im Land. Da die Lohngleichheit zum Rest der Bundesrepublik immer noch nicht hergestellt ist, braucht Brandenburg auch zukünftig einen existenzsicheren Vergabemindestlohn, der regelmäßig an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird.

» Index Gute Arbeit - Sonderauswertung nutzen

Welchen Arbeitsbelastungen sind die Beschäftigten ausgesetzt? Wie steht es um ihre Weiterbildungsmöglichkeiten? Wie sind Einkommen und Altersvorsorge? Der DGB-Index Gute Arbeit ist ein wissenschaftlich fundiertes Instrument, um die Arbeitswelt aus Sicht der Beschäftigten zu beurteilen. Er liefert wertvolle Da-

ten, um Handlungsbedarfe zu identifizieren – auf betrieblicher und auch politischer Ebene. Viele Bundesländer profitieren bereits von der länderspezifischen Arbeitsberichterstattung. Die künftige Regierung sollte den Index für das Land nutzen und die Stichprobe aufstocken. Der DGB-Index Gute Arbeit eignet sich außerdem sehr gut zur Erfassung der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

► Aktive Arbeitsmarktpolitik für mehr Fachkräfte

In Brandenburg wird jede Hand und jeder Kopf gebraucht. Gezielte Förderung von Frauen, verstärkte Integrationsbemühungen für Langzeiterwerblose sowie Menschen mit Behinderung – mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik können zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden. Insbesondere Langzeiterwerblose brauchen neue Chancen. Für sie muss die Landesregierung eine gezielte Weiterbildungsoffensive entwickeln, auch in Verbindung mit der Förderung von Grundbildungsinhalten.

Damit Beschäftigte Zeiten von Kurzarbeit stärker als bisher für Weiterbildung nutzen, sollte die Landesregierung Beratungsangebote aufbauen und sich auf Bundesebene für die Einführung einer Weiterbildungsprämie bei Kurzarbeit einsetzen. Gelingt dies nicht, ist die Weiterbildungsprämie als Regelinstrument im Landshaushalt zu verankern.

Die Fachkräftestrategie sollte fortgeführt und weiterentwickelt werden. Sinnvoll ist hierbei die Einbettung in den Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtreigion Berlin-Brandenburg. Dringend ergänzt werden müssen Maßnahmen zur Reduktion von Abbrecherquoten in der Berufsausbildung sowie Maßnahmen, um das Beschäftigungspotenzial von Frauen zu heben – so arbeitet jede zweite Brandenburgerin in Teilzeit. Hier gilt es, Hindernisse für eine vollzeitnahe Beschäftigung abzubauen.

Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte kann eine ergänzende Möglichkeit zur Fachkräftesicherung sein. Hierbei müssen zwingend die Prinzipien für faire Anwerbung eingehalten werden. Dies bedeutet u.a., dass die Arbeitnehmer*innen über die Arbeitsbedingungen vor der Einreise informiert und über ihre Rechte aufgeklärt werden und sie keine Vermittlungskosten tragen müssen. Eine aufenthaltsrechtliche Abhängigkeit (oder hohe Vertragsstrafen bei Stellenwechsel) gilt es zu vermeiden, da dies die Ge-

fahr ausbeuterischer Beschäftigung birgt und große Abhängigkeiten schafft.

► Zugewanderte fördern und integrieren

Zahlreiche Betriebe haben in den vergangenen Jahren erfolgreich Geflüchtete ausgebildet. Davon profitiert sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Bleibeperspektive für geflüchtete Kinder und ihre Eltern. Auch der Spurwechsel bei einer anerkannten Ausbildung oder Studium soll künftig unkompliziert und verlässlich möglich sein. Die Anerkennung von Bildung, Berufsabschlüssen und Erfahrungen muss schnell und unkompliziert möglich sein.

Migrantische Arbeitnehmer*innen müssen vor Ausbeutung geschützt werden. Deshalb braucht die Fachstelle für Migration und gute Arbeit eine institutionelle dauerhafte Absicherung. Auch Zwangarbeit, Menschenhandel und Arbeitsausbeutung kommen immer noch vor. Die neue Landesregierung sollte sich für einen besseren Opferschutz stark machen und ein landesweites Koordinationsgremium einsetzen, in dem die zuständigen Behörden und Beratungsstellen zusammenarbeiten. Die Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften müssen systematisch kontrolliert und Verstöße konsequent sanktioniert werden.

In allen größeren Städten mit Zuwanderung sollten One-Stop-Agencies, die alle Leistungen und Beratungen unter einem Dach vereinen, gegründet werden.

► Qualitativ hochwertige Erwachsenenbildung ausweiten und ausfinanzieren

Das Land verfügt über eine Vielzahl von Weiterbildungsangeboten durch unterschiedlichste Träger. Um herauszufiltern, was qualitativ gut und individuell passend ist, braucht es objektiv einheitliche Qualitätskriterien sowie eine neutrale und transparente Weiterbildungsberatung. Die WFBB bietet diese Beratung nur für berufliche Weiterbildung an. Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg schafft zwar Transparenz über verschiedene Angebote, allerdings eher im Bereich Berlin und Umgebung. Beide Angebote sollten daher auf ihre Wirkung überprüft und am Bedarf entlang weiterentwickelt werden.

Die Lohnfortzahlung bei Teilnahme an der Bildungszeit ist eine gute Basis. Beschäftigte mit geringen Einkommen können sich jedoch häufig die Seminargebühren nicht leisten. Die Förderung benachteiligter Gruppen ist im Sinne der Chancengleichheit besonders zu beachten.

Die Teilnahme an einer Bildungsmaßnahme scheitert zudem oftmals an betrieblichen Belangen. Brandenburgs Wirtschaftsstruktur ist geprägt von kleinen und mittelständischen Betrieben, die entweder keine Zeit oder kein Geld für die Freistellung ihrer Beschäftigten haben. Hier solltengemeinsam mit Sozialpartnern und Kammern praktikable Lösungen entwickelt werden.

Bildungsmaßnahmen brauchen eine institutionelle Förderung, damit Träger und Einrichtungen eine grundsätzliche wirtschaftliche Tragfähigkeit erhalten. Für Angebote der politischen Bildung sind Förderrichtlinien notwendig. Die aktuellen Aufrufe bewegen sich meist im Rahmen von rund 10.000 bis 15.000 Euro pro Maßnahme. Das ist für Bildungsträger, die keine oder nur eine sehr geringe Grundfinanzierung haben, nicht durchführbar und schmälert dadurch das Angebot für Brandenburg.

► Sozialpartnerschaft fördern

Brandenburg hat mit dem Sozialpartnerdialog, dem Bündnis für Gute Arbeit sowie dem Betriebsrätestag verschiedene Formate zur Stärkung der Zusammenarbeit erfolgreich entwickelt. Diese sollten unbedingt beibehalten bzw. ausgebaut werden, damit die Herausforderungen der Arbeitswelt strukturiert und erfolgreich begleitet werden.

► Gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit fördern

Frauen tragen die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit für Kinder oder zu pflegende Angehörige. Weil sie dafür im Job aussetzen oder in Teilzeit arbeiten, verdienen sie weniger, unterbrechen ihre Karrieren und erhalten später weniger Rente. Hier sind umfassende Aufklärungs- und Beratungsangebote zu Elternzeit, Pflege, Qualifikationserhalt und Rückkehr in den Beruf nötig – für Beschäftigte wie für Unternehmen. Auch zuverlässige, beitragsfreie Kitas für Kinder aller Altersstufen sind entscheidend für eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt.

► Sexismus am Arbeitsplatz entgegenwirken

Sexismus, geschlechtsspezifische Gewalt oder Diskriminierung am Arbeitsplatz sind nach wie vor ein großes Problem - mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Betroffenen. Daher sollte die zukünftige Landesregierung die Prävention stärker in den Arbeits- und Gesundheitsschutz integrieren und die Arbeitsschutzaufsicht gezielt für das Thema sensibilisieren und schulen.

► Jugendberufsagenturen ausbauen

Berufsorientierung und die ziel- und passgenaue Vermittlung in Ausbildung sind wichtige Faktoren, um jungen Menschen gute Zukunftsperspektiven zu eröffnen und die Fachkräfte von morgen zu gewinnen. Den Jugendberufsagenturen kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Gleichzeitig fehlen sie immer noch in vielen Landkreisen, vier allein in Westbrandenburg. Diese Leerstellen muss die Landesregierung zügig füllen, indem sie Jugendberufsagenturen flächendeckend in jedem Landkreis Brandenburgs einrichtet.

► Arbeitsschutz ausbauen und Einhaltung kontrollieren

Gesetzlich ist festgelegt, dass ab 2026 mindestens fünf Prozent der Betriebe jährlich vom Arbeitsschutz besichtigt werden müssen. Im Jahr 2021 wurde eine Besichtigungsquote von 2,6 Prozent erreicht. Dabei hat Brandenburg überdurchschnittlich hohe Unfallzahlen: Auf 1.000 Beschäftigte kamen 21,6 Arbeitsunfälle - bundesweit waren es 19,4. Um mehr Kontrollen sicherzustellen, braucht das Land einen personell und technisch besser ausgestatteten Landesarbeitsschutz.

Darüber hinaus muss der Arbeitsschutz auf die klimatische Verschärfung hin angepasst werden, insbesondere für die Branchen und Berufe, die unter freiem Himmel tätig sind und bereits heute den Folgen des Klimawandels stark ausgesetzt sind (z.B. Baugewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft).

Sozial-ökologische Wende für alle

Der DGB steht zu den Pariser Klimazielen. Allerdings muss der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien sozial gerecht gestaltet werden. Der Ansatz von Just Transition (= gerechter Übergang) führt soziale und ökologische Fragen zusammen, adressiert globale Ungleichheiten und übt überregionale Solidarität. Die sozial-ökologische Transformation bietet große Chancen und ist zugleich eine beschäftigungs-politische Herausforderung. Brandenburg braucht eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik mit dem Ziel nachhaltiger, qualifizierter und gut bezahlter Beschäftigung sowie eine verstärkte gemeinsame Wirtschafts- und Strukturpolitik mit Berlin als gemeinsame Wirtschaftsregion.

» Netzwerke aktivieren

Für die Bewältigung der anstehenden Transformationsprozesse ist mehr Know-how und Vernetzung vor Ort notwendig. Das gilt für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen, damit sie die für die Transformation notwendigen Maßnahmen treffen können und gleichzeitig Standorte und Beschäftigte sichern. Die künftige Regierung muss in mehr erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Qualifizierung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung investieren.

» Verbundlösungen fördern

Die Wirtschaft muss klimaneutral umgebaut und zu- gleich Wertschöpfungsnetzwerke und Arbeitsplätze erhalten werden. Und das bei einer Wirtschaftsstruktur, die überwiegend klein- und mittelständig geprägt ist. Die Unterstützungsangebote sollten daher gezielt auf Verbundlösungen setzen. Der Wandel kann nur gelingen, wenn Unternehmen den Transformationsweg gemeinsam gehen. Beispielgebend seien die ReTraNetzwerke genannt, die durch die Bundesregierung gefördert werden.

» Infrastruktur ausbauen – tarifgebunden und mitbestimmt

Eine neue Brandenburger Landesregierung muss den Ausbau der Infrastruktur vorantreiben (Wasserstoff-

pipelines, E-Ladestationen-Ausbau). Dabei sollte die Ansiedlung von Zukunftstechnologien weiter unterstützt werden: Batterierecycling, Speichertechnologien, Windenergie und Photovoltaik sind zentral für eine industrielle Neuausrichtung.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der damit verbundenen Arbeitsplätze in der Region muss beschleunigt werden – allerdings tarifgebunden und mitbestimmt. Wir wollen eine gezielte Förderung von Windenergie und Wasserstoffnetzen, die an Kriterien guter Arbeit und an Standort- und Beschäftigungssicherung gebunden sind.

Für eine funktionierende sozial-ökologische Wende sollte vor allem die Schieneninfrastruktur ausgebaut und der Güterverkehr über die Bahn abgewickelt werden. Es braucht neue Ideen für die letzte Meile. Brandenburgs Straßen und Orte ersticken im LKW-Verkehr, der durch den Einsatz von Gigalinen nur verschärft wird. Deren Einsatz wird vom DGB uns seiner Mitgliedsgewerkschaften entschieden abgelehnt.

Die Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie ist der richtige Rahmen, um Wege zu einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln. Den Ansatz der Gemeinschaftsaufgabe, den das Land Brandenburg verfolgt, teilen wir. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte hinsichtlich messbarer und ambitionierter Zielindikatoren weiterentwickelt werden. Wünschenswert sind konkrete Zielindikatoren.

» Wissenschaftliche Folgen- abschätzung ausweiten

Die umfassende und kontinuierliche wissenschaftliche Folgenabschätzung sollte ausgeweitet werden, um die ökonomischen, sozialen und arbeitsmarkt-politischen Effekte zu ermitteln, die Klimaschutz auf Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsmarkt hat.

Aus der Evaluation von EU-Förderprogrammen, insbesondere dem Just-Transition-Fund, sollen Erkenntnisse für die gesamte Brandenburger Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik abgeleitet werden. In die begleitende Forschung sollen die Brandenburger Hochschulen einbezogen werden.

Die Ziele und Maßnahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie haben Auswirkungen auf Erwerbstätige und ihre Arbeit. Diese Folgenabschätzung hat zurzeit keine institutionelle Stimme. Der DGB fordert, dass der Nachhaltigkeitsbeirat mit arbeitswissenschaftlicher Expertise aufgestockt werden muss.

» Zukunftsregionen weiterentwickeln

In Brandenburg liegt ein besonderer Fokus auf dem Strukturwandel in der Lausitz. Um einen Strukturbruch wie in den 1990er Jahren zu vermeiden, muss die Lausitz Zukunftsregion für erneuerbare Energien sein und bleiben – mit guten Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven für die Menschen. Die Region besitzt alle Voraussetzungen, um zum Vorbild für den Umbau von einer fossilen zu einer innovativen und klimafreundlichen Energiewirtschaft zu werden. Der DGB fordert, dass weitere Regionen, die von der Transformation betroffen sind, wie die Uckermark, stärker gefördert werden. Es gilt, aus den Lausitzer Prozessen für die Regionalentwicklung im ganzen Land zu lernen.

» Regionale Transformationsräte bilden

Der DGB sieht in der Einrichtung regionaler Transformationsräte unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner ein sehr geeignetes Mittel, um gemeinsam Impulse für eine positive Entwicklung der Regionen zu setzen. Schwerpunkte sind die Veränderungen der Arbeitswelten und der wachsende Bedarf an Fachkräften, die zur Gestaltung der Veränderungsprozesse gebraucht werden. Ein weiteres wichtiges Instrument ist der intensivere Ausbau der Kooperation von Betrieben mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

» Die betriebliche Mitbestimmung ausbauen

Wir brauchen die Stärkung der Betriebsräte, die eine zentrale Säule demokratischer Strukturen in Betrieben sind und die Beschäftigte an der Gestaltung von Veränderungen in den Unternehmen beteiligen. Sie stabilisieren Unternehmen und sichern Beschäftigung.

Funktionierende Verwaltung für alle

Um im Fachkräftewettbewerb mithalten zu können und freierwerdende Stellen adäquat besetzen zu können, braucht Brandenburg einen deutlich attraktiveren öffentlichen Dienst. Dies gilt für die Arbeitsbedingungen und die technische Ausstattung der Landesverwaltung genauso wie für die Bezahlung der Beschäftigten.

» Für bessere Arbeitsbedingungen

Die jetzige Landesregierung hat den Personalabbau der vergangenen Jahre gebremst. Dennoch sind Lücken in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes spürbar. In den kommenden Jahren werden tausende Beschäftigte altersbedingt aus der Landesverwaltung ausscheiden. Daher ist Personalaufbau das Gebot der Stunde und das Outsourcing von Aufgaben muss beendet werden.

Notwendig ist ein kräftiger Ausbau der landesinternen Aus-, Fort- und Weiterbildung, ein modernes Laufbahnrecht sowie eine Reform der Dienstpostenbewertung innerhalb aller Laufbahngruppen. Geeignete Nachwuchsfachkräfte sollten grundsätzlich eine Übernahmezusage erhalten und unbefristet eingestellt werden. Die Belastungen und gesundheitlichen Risiken durch Wechselschichtdienst, stark belastende Sachverhalte oder den Einsatz von Leib und Leben müssen mittels eines besseren und finanziell gut ausgestatteten Gesundheitsmanagement abgedeckt werden. Nicht zuletzt ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben durch mehr Arbeitszeitsouveränität, flexiblen Arbeitszeiten, mobilem Arbeiten, Arbeitszeitkonten und Sabbaticals zu verbessern. Dies setzt eine gut entwickelte und zeitgemäße digitale Infrastruktur voraus. Hier gibt es in vielen Bereichen der Brandenburger Landesverwaltung erheblichen Nachholbedarf.

Der Öffentliche Dienst braucht eine Landesregierung, die gemeinsam mit den Gewerkschaften attraktive Arbeitsbedingungen verhandelt und in modernen und zeitgemäßen Tarifverträgen festlegt.

Instandsetzung, Modernisierung und Ausbau von Dienstgebäuden brauchen eine zukunftsorientierte Planung hinsichtlich der Klimaschutzkriterien, der Energieautarkie und der technologischen Möglichkeiten, um die Krisenfestigkeit zu stärken und die Klimaschutzziele zu erreichen.

► Für angemessene Bezahlung

Brandenburg darf bei der Besoldung den Anschluss an die anderen Bundesländer und den Bund nicht verlieren. Dafür sollen die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst der Länder weiterhin zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Außerdem muss das Land Brandenburg endlich die in den vergangenen Jahrzehnten verfassungsrechtlich fehlerhaft zu niedrige Besoldung der Beamtinnen und Beamten korrigieren und ein Nachzahlungsgesetz verabschieden, das den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspricht.

Gute Ausbildung für alle

Obwohl der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt seit langem bekannt sind, klagen viele Unternehmen und Behörden, dass sie offene Ausbildungs- und Arbeitsstellen nicht besetzen können. Gemeinsam mit Berlin steht Brandenburg seit Jahren am Tabellenende der Ausbildungsstatistik, sowohl bei der Ausbildungsquote als auch bei der Anzahl der Ausbildungsbetriebe. Wenn mehr junge Menschen ihre Perspektive in einer betrieblichen Ausbildung in Brandenburg sehen sollen, brauchen wir eine deutlich attraktivere Ausbildung in Brandenburg.

► Bessere Ausbildungsbedingungen

„Brandenburg will dich“, mit diesem Motto versucht das Land seit vielen Jahren, mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen - mit geringem Erfolg. Wenn Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, liegt das auch an unattraktiven Ausbildungsbedingungen. Zum Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit gehört der Brandenburgische Ausbildungskonsens zwischen Landesregierung, Wirtschaftsverbänden, Agentur für Arbeit und dem DGB. Im Fokus des Konsenses stehen außerbetriebliche Rahmenbedingungen, wie eine bessere Berufsorientierung, Ansprache der Eltern, Mobilität oder bezahlbares Wohnen.

Ohne mehr und gute Ausbildung wird der Fachkräfte- mangel nicht zu beheben sein. Der DGB fordert deshalb: Attraktive Ausbildungsbedingungen auf tarif-

vertraglicher Basis und gelebte Mitbestimmung im Betrieb müssen im Brandenburgischen Ausbildungskonsens klar benannt und mit konkreten Handlungsempfehlungen verbunden werden. Ein erster Schritt wäre, den Brandenburger Ausbildungspreis ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben.

► Solidarische Ausbildungsumlage einführen

Ausbildende Betriebe sichern das Fachkräfteangebot und bieten jungen Menschen eine Perspektive. Sie tragen das Risiko, dass ihnen die ausgebildeten Fachkräfte abgeworben werden. Eine Ausbildungsumlage senkt das finanzielle Risiko für den einzelnen Betrieb und sorgt dafür, dass sich einzelne Betriebe nicht aus der Verantwortung ziehen. Eine Ausbildungsumlage steigert die Ausbildungskapazität und sorgt mit der besseren Finanzierung für eine höhere Ausbildungsqualität. Die Ausbildungsumlage auf Basis allgemein- verbindlicher Tarifverträge für Branchen oder Gewerke wäre die beste Lösung. Wenn die Tarifpartner zu keiner Einigung kommen, fordert der DGB die zukünftige Landesregierung auf, eine allgemeine gesetzliche Ausbildungsumlage für Brandenburg einzuführen.

► Berufsschulen stärken

Die duale Berufsausbildung steht auf zwei Säulen – den Betrieben und den Berufsschulen. Beide Säulen tragen nur, wenn ausreichend und gut qualifiziertes

Ausbildungspersonal zur Verfügung steht. Noch ist Brandenburg das einzige Bundesland, das Berufsschullehrkräfte nicht selbst ausbildet. Der DGB fordert, dass der vereinbarte neue Studiengang zur Berufsschullehrerausbildung 2024 dringend realisiert wird. Für eine bedarfsgerechte Ausbildung von Berufsschullehrer*innen muss die vereinbarte Zahl von 60 Studienplätzen in den Folgejahren deutlich erhöht werden.

Damit die Wege zwischen Ausbildungs- und Wohnort für die Auszubildenden machbar bleiben, fordern wir, dass die Oberstufen in der Fläche erhalten bleiben und keine weitere Zusammenlegung erfolgt.

» **Vom Studierendenwerk zum Ausbildungswerk**

In der akademischen Ausbildung gibt es seit mehr als 100 Jahren die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Diese muss auch auf die betriebliche Ausbildung übertragen werden. Der DGB fordert, dass Programme wie Junges Wohnen zu 50 Prozent auch in die Förderung von Azubiwohnheimen fließen. Die Mieten in den Azubiwohnheimen brauchen eine Obergrenze und dürfen höchstens 25 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung betragen.

» **Berufsorientierung stärken**

Der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen kommt in den kommenden Jahren eine besondere Bedeutung zu. Praxiserfahrungen durch mehr Praktika in Ausbildungsbetrieben, Daten zu Ausbildungsvergütungen, Kenntnisse über Ausbildungsrechte, Mitbestimmung in Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen Bestandteil einer zukunftsorientierten Berufsorientierung werden. Die DGB-Jugend und die Mitgliedsgewerkschaften erreichen seit Jahren mit ihren Berufsschultouren Auszubildende in den Berufsschulen. Eine Ausweitung der Projekttage auf die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen ist ein wichtiger Schritt, um Jugendliche nicht nur über einen Beruf, sondern über die Arbeit in diesem Beruf zu informieren. Der DGB fordert daher eine entsprechende Finanzierung durch das Land.

» **Diskriminierung in der Schule verhindern**

Eine flächendeckende Grundstruktur gegen Diskriminierung in Schulen ist notwendig und auch das Ausbilden demokratischer Fähigkeiten muss strukturell verankert werden. Es braucht Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte und Schüler*innen. Das Schulgesetz des Landes Brandenburg sollte um konsequenten Diskriminierungsschutz präzisiert werden. Auf diesem Wege würde die vertiefte Bearbeitung von Diskriminierung in Schulen legitimiert und mit einem präzisen Veränderungsauftrag, vor allem für die Schulleitungen versehen werden. Die Landesregierung muss entsprechend ihren Verantwortlichkeiten Schulen, Hochschulen und Vorbereitungsdiensten (Referendariat) für die anstehenden Veränderungsprozesse zusätzliche, zeitlich begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, belastbare Unterstützungsstrukturen bereitstellen und übergreifende Netzungs- und Austauschräume etablieren.

» **Duales Studium verbessern**

Das duale Studium muss besser werden und braucht eine Qualitätsoffensive. Die Landeskommision duales Studium sollte zentrale Mindeststandards für Studienqualität, Beschäftigungsbedingungen und Mitbestimmung definieren, um die Lernorte Hochschule und Betrieb inhaltlich, organisatorisch und vertraglich besser miteinander zu verzahnen. Für die Praxisphasen sollen die Schutzstandards des Berufsbildungsgesetzes zu vertraglichen Grundlagen, Rechten und Pflichten der Auszubildenden, angemessener Vergütung und betrieblichem Ausbildungsplan zur Geltung kommen, Praxisphasen mit dem Arbeitsaufwand entsprechenden ECTS-Punkten unterlegt werden.

» **Leistungsfähige und demokratische Hochschulen**

Die Hochschulen tragen durch ihre Ausbildungs-, Innovations- und Wirtschaftskraft zur Entwicklung des Landes bei. Die Gewerkschaften fordern von der künftigen Landesregierung, die Situation für Beschäftigte und Studierende an den Hochschulen zu verbessern, um die Brandenburger Hochschulen zu einem attraktiven Arbeits- und Studienstandort zu machen, der mit dem Nachbarland Berlin mithalten kann. Wir plädieren für einen kostenfreien Zugang zu

Bildung inklusive des Studiums auch für Studienbewerber*innen aus dem Ausland.

› Hochschulen finanziell absichern

Die jetzige Grundfinanzierung der Brandenburger Hochschulen mit einem Plus von fünf Millionen Euro jährlich sollte auch in der zukünftigen Legislaturperiode fortgeführt werden. Zusätzlich wäre ein Inflationsausgleich angebracht, der einen realen Ausgleich der Kostensteigerungen sichert.

Die Hochschulen erhalten ab 2023 aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken jährlich 60 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel. Das Land muss sicherstellen, dass die Hochschulen diese Mittel gemäß Auftrag vorrangig zum Ausbau dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse des hauptberuflichen mit Studium und Lehre befassten Personals einsetzen.

› Akademische Selbstverwaltung ausbauen

Alle vier Mitgliedergruppen der Hochschulen sollen paritätische Entscheidungsrechte in den Gremien erhalten. Dafür brauchen die Selbstverwaltungsorgane auf Hochschul- und Fachbereichsebene Unterrichtungs- und Mitbestimmungsrechte bei der Verwendung der Finanzmittel, die Land, Bund oder Dritte zur bereitstellen. Die zentralen Selbstverwaltungsgremien sollen in Zukunft über Vereinbarungen der Hochschule mit dem Ministerium mitentscheiden. Die im Brandenburgischen Hochschulgesetz festgelegten Mitbestimmungsmöglichkeiten der Statusgruppen, also auch der Studierenden, müssen auch für private Hochschulen gelten.

› Beteiligungsrechte der Interessenvertretungen stärken

Der akademische Senat kann jedes mitbestimmungspflichtige Thema an sich ziehen und so die Mitbestimmung des Personalrats aushebeln. Diese Umgehung des Personalrats ist nicht mehr zeitgemäß und sollte geändert werden. Die derzeit diskutierte Novellierung des Brandenburger Personalvertretungsgesetzes verfolgt daher den richtigen Ansatz und muss an den Hochschulen konsequent umgesetzt werden.

› Gute Arbeit an allen Hochschulen umsetzen

Es braucht einen Kodex für Gute Arbeit in der Wissenschaft unter Beteiligung aller Statusgruppen und Interessenvertretungen der Beschäftigten, um den notwendigen Rahmen für eine aufgaben- und bedarfsgerechte Personalstruktur und gute Beschäftigungsbedingungen zu setzen. Gute Forschung und Lehre brauchen verlässliche Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen und wissenschaftsunterstützenden Bereich. Die Gewerkschaften erwarten, dass an den Brandenburger Hochschulen künftig Daueraufgaben auf unbefristeten Stellen erledigt werden und es keine sachgrundlosen Befristungen mehr gibt. Die grundständige Lehre soll grundsätzlich hauptberufliches Personal durchführen. Wo Lehraufträge nötig sind, um eine Verzahnung mit der beruflichen Praxis zu erreichen, sollen diese inklusive Vor- und Nachbereitungszeiten gleichwertig zu hauptberuflicher Tätigkeit vergütet werden. Der begonnene Dialogprozess mit Ministerium, Hochschulleitungen, Berufsverbänden, Gewerkschaften und Interessenvertretungen der Beschäftigten soll fortgeführt werden.

› Tarifbindung an Hochschulen ausbauen

Auch an den Hochschulen sollte Tarifflucht durch Outsourcing untersagt sein. Dafür braucht es ein klares Bekenntnis zu Tarifbindung und Tariftreue im Brandenburgischen Hochschulgesetz, das auch für mit Hochschulen kooperierende Einrichtungen gilt. Hochschulen sollten allen Personalgruppen den Zugang zu Mitbestimmung und guten Arbeitsbedingungen ermöglichen, hierfür bedarf es eines Tarifvertrags für alle Arbeitsstellen an den Hochschulen.

Dies gilt auch für die studentischen Beschäftigten. Deren Tarifierung (TV Stud) muss auf den Weg gebracht werden. Es braucht Mindestvertragslaufzeiten von 24 Monaten für studentische Beschäftigte, so wie dies in Berlin bereits der Fall ist. Nur so haben studentische Beschäftigte die notwendige Sicherheit in ihrem Job. Beide Maßnahmen bringen Brandenburg wichtige Pluspunkte im Wettbewerb mit Berlin um die „klügsten Köpfe“.

Eine soziale Gesellschaft für alle

Der Trend zu einer wachsenden Ungleichheit ist in Deutschland ungebrochen und wird durch die Folgen des Ukraine-Krieges noch verschärft. Dieses Problem muss auf allen Ebenen angegangen werden. Leistungen der Daseinsvorsorge sollten in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden und allen Menschen in ausreichendem Ausmaß zugutekommen.

Die Forderung nach einer angemessenen Besteuerung von Vermögen ist weiterhin aktuell und Teil der steuerpolitischen Eckpunkte des DGB. Einer prozyklischen Ausgabenpolitik der Landeshaushalte wird eine explizite Absage erteilt.

Vorab gilt festzuhalten: Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse.

» Gesellschaftliche Angebote erhalten

Ein wesentlicher Anker des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind Angebote der öffentlichen Hand zur Grundversorgung. Die soziale Infrastruktur muss besonders in der Fläche Brandenburgs erhalten bleiben, denn der Rückzug all dieser Angebote birgt viele soziale und politische Konflikte. Daher sollten Sparkassenfilialen nicht geschlossen werden, sondern im Gegenteil durch Kooperation mit weiteren Angeboten der öffentlichen Hand zu Zentren des öffentlichen Lebens ausgebaut werden. So wäre denkbar, die Filialen gemeinsam mit AOK, Büchereien, Sozialberatungsstellen, Postdienste etc. zu nutzen und zu finanzieren. Eine Verbindung mit Kirchengemeinden wäre zu prüfen.

Gleiches gilt für die Jugend- und Sportangebote. Gerade hier verfestigen sich zunehmend rechtsnationale Netzwerke und Strukturen, denen entgegentreten werden muss. Brandenburg braucht mehr multifunktionale Jugendtreffs als Anlaufstelle für Jugendliche. Dort kann neben klassischen Angeboten auch Berufsorientierung angeboten werden, eine Verzahnung mit (Handwerks-)betrieben aus der Region könnte eine gute Grundlage sein. Darüber hinaus sollten Angebote demokratisch engagierter Bürger*innen für Kinder und Jugendliche stärker genutzt und gefördert werden.

» Rechte Gewalt stoppen, Proteste unterstützen

Angriffe durch rechtsradikale Gruppen und Organisationen nehmen in Brandenburg zu. Sie gefährden das demokratische und solidarische Miteinander in unserer Gesellschaft. Der DGB fordert die Regierung auf, Relativierungen zu beenden und konsequent gegen rechte Gewalt und deren Netzwerke vorzugehen.

Eine wehrhafte Demokratie braucht eine wehrhafte Zivilgesellschaft. Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rassismus und Gewalt engagieren, sollten dauerhaft finanziell und politisch unterstützt und abgesichert sein. Brandenburg benötigt eine Verstärkung der Beratungsstellen sowie gute Ausstiegs- und Präventionsprogramme.

» Gendergerechte Haushaltspolitik: Gender Budgeting

Der DGB will die unterschiedlichen Auswirkungen von Haushalts- und Finanzentscheidungen auf Frauen und Männer bei politischen Entscheidungen aller Ressorts grundsätzlich berücksichtigen und transparent machen. Beim Gender Budgeting geht es um die gerechtere Verteilung der verfügbaren Finanzen. Der Grundgedanke ist, bereits in der Planungsphase des Haushalts zu berücksichtigen, welche konkreten Auswirkungen die vorgesehene Mittelverteilung für Männer und Frauen haben. Da die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit eine Querschnittsaufgabe ist, die sich auf alle Ressorts und Politikbereiche erstreckt, schlägt der DGB die Anwendung von Gender Budgeting als reguläre Haushaltstrategie des Landes vor.

» Brandenburger ÖPNV ausbauen

Viele Orte in Brandenburg sind kaum an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden. Daher muss der ÖPNV insbesondere in den ländlichen Regionen verbessert werden. Der Ausbau soll sich vor allem an den Bedarfen der Menschen orientieren, die zur Schule, Ausbildung oder Arbeit pendeln müssen. Das Schienenverkehrsnetz muss modernisiert und Eng-

pässe beseitigt werden. Es braucht intelligente Verkehrskonzepte vom kleinen Dorf über die Kreisstadt bis zur Großstadt, zum Beispiel durch den Ausbau des Plus Bus-Angebots. Brandenburg braucht bessere Taktungen von Bus, Tram und Bahn, mit Fahrplänen bis in die Nacht hinein, die die Arbeits- und vor allem Schichtzeiten berücksichtigen.

» **Sozialticket für 29 Euro pro Monat**

Das 49-Euro-Ticket ist ein sehr großer Schritt in Richtung eines bezahlbaren und übergreifenden ÖPNV, doch für Menschen mit niedrigen Einkommen zu teuer. Der DGB schlägt daher zusätzlich ein Sozialticket für maximal 29 Euro im Monat vor, das für den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland gültig sein soll. Damit auch Menschen ohne Smartphone das Ticket einfach nutzen können, sollte es auch in Papierform angeboten werden.

» **Gesundheit erreichbar machen**

Brandenburg braucht innovative Konzepte für die wohnortnahe Versorgung mit Gesundheitsleistungen. Die Politik muss aktiv Einfluss auf die Krankenhausstruktur nehmen und sektorenübergreifend planen, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind auf eine Erstattung ihrer Investitionen angewiesen und müssen ihren Investitionsstau abbauen. Beim Umbau der Krankenhäuser sind die Beschäftigten mit ihren Interessenvertretungen einzubeziehen, denn eine gute Gesundheitsversorgung gibt es nur mit guter Arbeit für die Beschäftigten. Daher müssen Krankenhäuser generell und speziell das entstehende Universitätsklinikum Cottbus an die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes gebunden sein. Die neue Landesregierung sollte zudem überprüfen, wie sie weiterer Ausgliederung und Zersplitterung der Krankenhäuser entgegenwirken kann.

» **Mehr bezahlbarer Wohnraum: Öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken**

Um den Einfluss des Landes auf das Wohnungsangebot auszubauen und die Kommunen bei Bauvorhaben zu unterstützen, benötigt Brandenburg eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Sie kann

sicherstellen, dass notwendiger Wohnungsneubau realisiert wird und die Fördermittel für das soziale Wohnen vollständig abgerufen werden.

Weitere Instrumente sind die Rekommunalisierung von Wohnungen und die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit. Mit Vorgaben für eine soziale Mietenpolitik wie Höhe der Mieten, Vermietung an besondere Bedarfsgruppen oder Haushalte mit geringem Einkommen können die Kommunen die öffentlichen Wohnungsgesellschaften in Richtung günstigerer Mieten lenken.

» **Für eine aktive Bodenpolitik**

Ein wesentlicher Faktor für bezahlbares Bauen ist verfügbarer Boden. Die künftige Regierung sollte prüfen, welche landeseigenen Flächen den Kommunen für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. Dabei müssen öffentliche Grundstücke öffentlich bleiben und die Flächen anhand von sozialen und ökologischen Kriterien per Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Das Land sollte wachsende Kommunen mit einem zusätzlichen Bedarf an Wohnraum und sozialer Infrastruktur beim Ankauf von Flächen unterstützen. Für eine aktive Bodenvorratspolitik sollte ein landeseigener Bodenfonds geschaffen werden, der mit gezielten Flächenankäufen dem Land und den Kommunen langfristig größere Gestaltungsspielräume schafft.

» **Sozialen Wohnungsbau stärken**

Der Bestand an mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen soll wieder auf mindestens 20.000 WE erhöht werden. Wichtig ist, dass Sozialwohnungen mit einer Erhöhung der Bindungsfrist auf mindestens 30 Jahre dauerhaft bezahlbar bleiben. Kommunale Wohnungsgesellschaften sowie Genossenschaften, die nach Ablauf von Bindungsfristen preisgünstige Mietniveaus gewährleisten, sollen beim Neubau bevorzugt gefördert werden. Der Ankauf von Belegungsrechten kann in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt eine ergänzende Maßnahme sein.

» Besserer Mieterschutz für Brandenburg

Der DGB fordert das Land Brandenburg auf, die bestehenden mietrechtlichen Spielräume auszunutzen, indem es die Mietpreisbremse und die Absenkung der Kappungsgrenze verlängert und auf alle berlinnahen Kommunen ausweitet.

Die Kommunen brauchen Unterstützung bei der Erstellung qualifizierter Mietspiegel. Ein Wohnraumschutzgesetz soll Mindeststandards für Wohnräume vorgeben und dabei auch Schutzlücken für die Unterbringung von Saisonarbeitern schließen.

» Berlin-Brandenburger Entwicklungsachsen ausbauen und stärken

Die von den Brandenburger und Berliner Regierungen verabschiedete Strategie der „Entwicklungsachsen“ entlang der großen Verkehrswege sollte konsequent fortgesetzt und flexibel umgesetzt werden. Insbesondere sind Koordinierungsstellen für die Achsen zu schaffen, wie es beim Korridor Berlin-Lausitz bereits geschehen ist. Die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Kommunen, regionaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie deren ständiger Kontakt mit der Regional- und Landesplanung kann nur durch

eine solche überörtliche Koordinierung dauerhaft gestärkt werden. Dabei sollten sich die Kooperationen nicht auf staatliche und kommunale Einrichtungen beschränken, sondern die gesamte Breite der Gesellschaft umfassen, soziale Themen einbeziehen und auch die Idee einer gemeinsamen Kultur- und Identitätsentwicklung aufgreifen.

» Schlussbemerkung

Die Gewerkschaften stehen für Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität – sie sind die Grundwerte unseres gemeinschaftlichen Handelns und damit das Fundament unserer Arbeit. Diese Werte sind der Maßstab, nach dem wir die Politik beurteilen und Ideen für die Zukunft entwickeln. Wir wollen gute und nachhaltige Arbeit schaffen und erhalten. Denn Erwerbsarbeit ist die existentielle Grundlage, sie ist Voraussetzung für individuelle Entfaltung und lebenslange Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit ist zugleich Basis der sozialen Sicherungssysteme und eines gut funktionierenden Staates.

Mit unseren Forderungen werden wir uns aktiv und auf vielfältige Weise in den Wahlkampf einbringen. Schon jetzt sind der DGB Berlin- Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften offen für Gespräche über die genannten Punkte und darüber hinaus.